

**Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2005**

Zitat: Konrad Adenauer (1876-1967), dt. Politiker, 1949- 63 erster dt. Bundeskanzler | Zitat-Nr.: 7536

Wenn ich von jemandem ein Butterbrot haben will, und er bietet mir eine  
Schnitte trockenes Brot, dann nehme ich die trockene Scheibe; die Butter  
hole ich mir dann eben später.

Eine solche haushaltstaktische Handlungsweise meine Damen und Herren des Rates brauchen wir von unserer Verwaltung sicherlich nicht erwarten - und schon gar nicht dulden, da wir mit unseren Haushaltsmitteln in der Vergangenheit offen und weitest gehend sparsam umgegangen sind. Hier und heute legen wir die Karten auf den Tisch, um zu beantragen, was wünschenswert, sinnvoll und letztlich machbar ist. Die CDU-Fraktion jedenfalls hat sich auch Gedanken über das Leben in Maulbronn mit den Stadtteilen Schmie und Zaisersweiher gemacht.

Die Verwaltungen der Kommunen sind die Planer und Wächter über Einrichtungen, die dem Wohl der Bürgerinnen und Bürgern dienen Träger sind wir alle – klar – denn wir haben das ja alles mit unseren Steuern und Abgaben zu finanzieren.

Dass da die Interessen oft gegensätzlich sind, liegt in der Natur der Sache. Den gewählten Vertretern – uns Gemeinderäten – bleibt da oft nur mit Argumenten Mehrheiten zu bekommen. Wobei unsere Auffassung – die Bürgerinnen und Bürger nicht übergebührlich zu belasten - sicher mehrheitlich geteilt wird. Einen Antrag, der diese Auffassung bekräftigt, können wir uns daher ersparen.

Die Vereine der Kommunen – unsere Vereine - sind wichtige Partner. Sie prägen das soziale Gleichgewicht unserer Gesellschaft. Deswegen muss am wohlwollenden Einverständnis zu ihren Aufgaben – was letztlich auch eine gewisse finanzielle Unterstützung bedeutet – festgehalten werden. Begreifen jedoch müssen alle, dass ein Verein nicht zum Selbstzweck und schon gar nicht als Ersatz eines Wirtschaftsbetriebes angesehen werden kann. Unsere Vereinsrichtlinien bestimmen bereits im § 1 (6) der Förderrichtlinien die **Möglichkeit** – nicht aber den fortwährenden Anspruch auf eine finanzielle Zuwendung. Die Verwaltung wird daher

gebeten, die Aufwendungen – wie bisher – dem Gemeinderat mitzuteilen, sie aber auch im prozentualen Verhältnis zum Haushalt darzustellen.

Wissen ist unser wichtigstes Kapital. Investitionen in die Schulbildung und den dazu erforderlichen Einrichtungen bedeuten Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Hierzu zählen besonders unsere bevorstehenden Millionenausgaben für ein neues Schulgebäude. Schulische Ausbaustandards sind dabei oft nicht ausreichend. Bei der Planung muss daher geprüft werden, welche sinnvollen zusätzlichen Einrichtungen – wie zum Beispiel multimediale Gerätschaften – eine positive Motivation der Schülerinnen und Schüler mit sich bringen. Vergoldete Sanitäreinrichtungen zählen aber nicht dazu. Verwerflich – und daher mit aller Härte zu verfolgen – sind Rowdytum und Sachbeschädigungen im Klassenzimmer und der gesamten Schulanlage. Hier sind unsere Vorbilder (Eltern und die Lehrerschaft) gefragt.

Die durch unsere Investitionen in ein funktionierendes Schulsystem – sowie dem eigenen Fleiß - der hoffentlich gut vorbereiteten Schülerinnen und Schüler, haben dann auf dem Arbeitsmarkt auch Chancen eine Ausbildung und letztlich einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Wir als Kommune müssen unseren Part dazu leisten – sei es über die gerade erwähnten Investitionen in die Bildung oder durch das Bereitstellen von **geeignetem** Gewerbegebiet. Dieses muss natürlich dem Handel und Gewerbe und nicht dem Planer angepasst sein. Da derzeit wohl keine weiteren Gewerbeflächen dringlich sind, haben wir genügend Zeit uns Gedanken über die Zukunft unserer ansässigen – aber auch unserer möglichen – Gewerbetreibenden zu machen. Wir dürfen daran erinnern, dass vor ca. 40 Jahren Maulbronn – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - mehr Arbeitsplätze als Einwohner hatte. Damals war großes Wachstum gefragt - und wenig Bürokratie hat die Unternehmen an der Expansion gehindert. Der Umweltschutz, der - zugegeben - damals etwas zu kurz kam, muss aber bei allen anstehenden Planungen im Verhältnis (auch im wirtschaftlichen) zum unternehmerischen Risiko stehen.

Ein zunehmender Wirtschaftsfaktor hier in Maulbronn ist der Tourismus. **Wir** müssen den Fremdenverkehr lenken und nicht umgekehrt. Das bedeutet für uns, dass wir die wirtschaftlichen Einrichtungen dem Markt überlassen, die Verkehrs- und

Wanderwege aber planerisch lenken. **Wir** müssen den „Touristenstrom“ durch die Stadt und unsere Natur lenken, ihn auf entsprechende Einrichtungen wie beispielsweise das Vorhandensein zweier Reiterhöfe, Tennisplätze und ähnliche Freizeiteinrichtungen aufmerksam machen und falls erforderlich koordinierend tätig zu werden.

**Wir stellen daher den Antrag**, die vorhandenen Angebote in einer sogenannten „Tourismuskarte“ zusammen zu fassen, mit Fachleuten, zum Beispiel vom Kraichgau-Stromberg Tourismus e.V., zu beraten und in einer handlichen Broschüre – und natürlich auch im Internet - anzubieten. Sollte sich ein Arbeitskreis dazu als erforderlich, gewünscht oder sinnvoll erweisen, - sind wir dabei.

Ein weiteres Thema das für uns einen hohen Stellenwert hat, ist die Sicherheit und Ordnung in Maulbronn. Es geht um vorsätzliche Beschädigungen, gar Zerstörungen öffentlicher Einrichtungen. Ein Beispiel: das Zerstören von Straßenleuchten stellen einen Eingriff in die öffentliche Sicherheit dar und sind **Straftaten!** Dasselbe gilt bei mutwilligen Beschädigungen von Sporteinrichtungen oder Spielplätzen – auch das sind **Straftaten!** Sie greifen gewaltsam in das funktionierende System einer Kommune. Wenn der Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, bleiben die Wiederherstellungskosten an uns Allen hängen.

Bereits im November 2001 sagte der damalige Innenminister Dr. Thomas Schäuble auf dem Fachkongress „**Kommunale Kriminalprävention – Netzwerk der Zukunft**“: *Präventionsarbeit ist erfolgreich, wenn sie zur Chefsache gemacht wird. Der Erfolg sowie die Schub- und Durchschlagskraft der Prävention sind dort beispielhaft, wo sich die Chefs an die Spitze der Bewegung stellen. Nicht nur die Bürgermeister, sondern auch die Verantwortlichen von Polizei, Schulen, Kirchen, Vereinen und Verbänden sowie von allen anderen Trägern der Prävention sind hier gefordert. Als Integrationsfiguren und Vorbilder ist es ihre Aufgabe, sich zum Fürsprecher und Förderer bürgerschaftlicher Prävention zu machen.*

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, bei allen Vorfällen, die vorsätzlich die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören, **erstens** regelmäßig Anzeige zu erstatten oder Strafantrag gegen die Verursacher – auch gegen Unbekannt - zu stellen. **Zweitens** öffentlich zur Aufklärung aufzurufen und notfalls durch das Anbieten einer

Prämienzahlung die Klärung des Sachverhaltes zu ermöglichen. Die Bevölkerung wird dadurch ausdrücklich in den Aufklärungsprozess mit einbezogen. Wegschauen zählt nicht mehr!

Ab dem 1. Januar 2005 gibt es so genannte Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs). Rechtsgrundlage für die 1-Euro-Jobs ist der durch die "Hartz IV"-Reformen eingeführte § 16 Absatz 3 SGB II. Diese Jobs sind ausdrücklich keine Arbeitsverhältnisse, geben den Betroffenen aber die Möglichkeit für eine sinnvolle Beschäftigung. Die Verwirklichung des Einzelnen in seiner Arbeit führt persönlich zur sozialen Aufwertung. 1-Euro-Jobs sind allerdings nur für solche Arbeiten zulässig, die im öffentlichen Interesse liegen. Sie müssen wettbewerbsneutral sein, dürfen also nicht zur Behinderung der Schaffung neuer regulärer Arbeitsplätze führen. Genau solche Möglichkeiten können wir vonseiten der Stadt anbieten. Die Betreuung und Pflege öffentlicher Einrichtungen, Wanderwegen und Grünanlagen lägen im öffentlichen Interesse, würden unser Stadtbild aufwerten und unseren Bauhof teilweise entlasten. Der Stadt entstehen keine Kosten, da sowohl das Entgelt für den 1-Euro-Jobber als auch so genannte Regiekosten von der Bundesagentur für Arbeit getragen würden.

**Wir stellen daher den Antrag:** die Stadtverwaltung setzt sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung und setzt diese Arbeitsbeschaffungseinrichtung in die Tat um.

Zum Schluss dürfen wir festhalten: Maulbronn wird gemeinsam mit unseren Gewerbetreibenden, der Verwaltung, des Gemeinderates, der Vereine und der ganzen Bevölkerung den guten Weg in die Zukunft fortsetzen. Wir müssen nur die Kreativität und das Wissen jedes Einzelnen positiv nutzen und entsprechend lenken. Viel Geld wird - und darf - das den Steuerzahler nicht kosten. Im Gegenteil: in den Folgejahren wird sich das Engagement positiv auf unsere Finanzwirtschaft auswirken. In vielfältiger Art hat sich das in der Vergangenheit bereits bewiesen.